

Haushaltsrede 2018 von Bündnis 90/Die Grünen

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,
ich möchte kurz auf einige Themen eingehen, die uns Grüne unter den Nägeln brennen.

Zunächst zu den Finanzen:

Die letzten Jahre sind geprägt durch immer neue Sparrunden. Regelmäßig fallen dabei gut nachgefragte Angebote mit nur geringem Einsparpotential zum Opfer – mal ist es der Wasserautomat in der Stadtbücherei, mal sind es kostenlose Kulturveranstaltungen und mal trifft es – wenn es beim Wegfall der Landesförderung bleibt - Bewegungsangebote für Jungen und Mädchen. Immer wieder werden Maßnahmen aus dem Schulgebäudeunterhaltungsprogramm zum Nachteil von Kindern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern geschoben. Und manchmal gefährden Einsparungen Investitionen, die für die Lebensqualität und Attraktivität unserer Stadt insgesamt von großer Bedeutung sind. So hätte die Streichung einzelner Projekte des Integrierten Handlungskonzepts mitunter dazu geführt, dass wir keine Fördermittel für unseren Stadtpark erhalten. Der Rat sollte nicht weiter ängstlich auf die Steueroase Monheim blicken, sondern endlich den Mut haben, unseren Gewerbesteuerhebesatz dem vom Land festgesetzten Orientierungswert von 417 Punkten anzupassen. Die damit verbundenen Mehreinnahmen von jährlich 1,5 Mio € plus die vom Kämmerer in Aussicht gestellten, deutlichen Verbesserungen – siehe Schuldenentwicklung - könnten den hier mehrheitlich empfundenen Spardruck erheblich reduzieren. Klar ist: der zur Gewohnheit gewordene Abbau von Leistungen und das wiederholte Verschieben notwendiger Investitionen machen unsere Stadt nicht attraktiver, sondern schwächen uns als Wohn-, Einkaufs- und Wirtschaftsstandort.

Zum Thema Mobilität:

Erste von uns Grünen durchgeführte Messungen deuten auf eine durchaus besorgniserregende Stickoxydbelastung an stark befahrenen Hildener Straßen hin. Natürlich sind hier in erster Linie Bundesregierung und Autoindustrie gefordert, aber auch wir können, ja müssen vor Ort durch eine andere Verkehrspolitik zu gesünderen Lebensbedingungen beitragen! Dies beinhaltet die offensive Förderung der E-Mobilität, die Attraktivierung von Radverkehr und ÖPNV sowie eine öffentlichkeitswirksame Vorreiterrolle der Stadt durch Best-Practice-Beispiele. In einem ersten Schritt sollte das seit 2012 unter Verschluss gehaltene, verwaltungsinterne Mobilitätskonzept vorgestellt, diskutiert, aktualisiert, ggf. erweitert und anschließend mit temporärer Unterstützung eines Mobilitätsmanagers/einer Mobilitätsmanagerin umgesetzt werden. Darüber hinaus muss der städtische Fahrzeugpark „sauberer“ werden – dafür stehen derzeit im Rahmen des „Sofortprogramms Elektromobilität“ staatliche Mittel mit einer Förderquote bis zu 60 % zur Verfügung. Ein Vorziehen von Beschaffungen könnte sich also lohnen.

Wohnen:

Hildener Mieten steigen weiter, bezahlbare Wohnungen sind Mangelware und in diesem Jahr fallen wieder 148 Wohneinheiten aus der sozialen Bindung. WGH und Bauverein allein können das Problem nicht lösen. Wir Grüne haben daher gefordert, dass bei Schaffung von neuem Baurecht grundsätzlich 30% des dadurch entstehenden Wohnraums dem öffentlich geförderten Wohnungsbau zugute kommen. Dabei sind wir im Einzelfall durchaus kompromissbereit, wenn es um die Vereinbarung einer durchsetzbaren Quote oder die Anrechnung von preisgedämpften Wohnangeboten geht. Wichtig für uns: Überall dort, wo

neuer Wohnraum auch im kleineren Umfang geschaffen wird, sollte die Verwaltung mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln – Beratung, Überzeugungsarbeit, Verhandlungsgeschick, Baurecht – nachdrücklich versuchen, auch für niedrigere und mittlere Einkommen bezahlbares Wohnen zu ermöglichen.

Bei der Vermarktung stadteigener Wohnbauflächen müssen wohnungspolitische Ziele konsequent und ohne Abstriche verfolgt werden. Leider wird auch bei der überarbeiteten Ausschreibung für das Albert-Schweitzer-Gelände nur ein Sozialwohnungsanteil von knapp 20 % als Untergrenze verbindlich festgelegt.

Der Rat hält sich damit nicht an die eigenen Vorgaben und wird so seiner Vorbildfunktion nicht gerecht.

Personalpolitik unter geänderten Bedingungen:

Die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Doch schon jetzt ist der Fachkräftemangel in vielen Bereichen spürbar: bei KiTas, Feuerwehr, Bauverwaltung, Gebäudeunterhaltung.

Bezüglich der besten Arbeitsplätze befinden wir uns in einem Wettstreit mit Wirtschaft und umliegenden Stadtverwaltungen. Um hier bestehen zu können, müssen wir ein arbeitnehmerfreundliches Klima schaffen und erhalten, das neben guten sozialen Leistungen hohe Wertschätzung, Sicherheit und berufliche Erfüllung bietet. Dafür zu sorgen ist sowohl Aufgabe der Verwaltungsspitze als auch des Rates. Für uns Grüne beinhaltet dies u.a. die Entfristung von Stellen, deren Bedarf - wie im Bereich Bildung und Teilhabe – so oder in ähnlicher Form auch in Zukunft erkennbar ist. Auch darf es – wie bei KiTas- und OGATAs – keine durch eine zu eng bemessene Personaldecke hervorgerufenen Ausfälle geben, unter denen dann Dritte – hier Eltern und Kinder - leiden. Deshalb haben wir den sukzessiven Aufbau eines Pools festangestellter Erzieher/-innen gerade auch für langfristige Vertretungen gefordert. Wir meinen: „Personal“ vorrangig als Kostenfaktor und Einsparpotential zu betrachten, bringt Hilden nicht voran, sondern lässt uns den Anschluss verlieren.

Ich komme zum Schluss!

In der Kommunalpolitik nur auf Sicht zu fahren, reicht nicht aus. Vielmehr benötigen wir – als Orientierung und Ansporn – Leitbilder für die Zeit in 5, 10 oder 20 Jahren.

Darüber leidenschaftlich zu diskutieren, ja auch zu streiten kommt in der politischen Auseinandersetzung in unserer Stadt leider zu kurz. Das spiegelt sich auch in dem vorliegenden Haushalt wieder, der eher mutlos daherkommt und sich zentralen Herausforderungen nicht ambitioniert genug stellt. Wir haben deshalb die Initiative ergriffen und zahlreiche Anträge eingebracht. Mit wenig Erfolg – daher lehnen wir den Haushalt 2018 ab!